

und Wirtschaft genommen. Dadurch konnten Nazi- und Kriegsverbrecher in der BRD rasch wieder hohe Positionen (Armee, Polizei, Geheimdienst, Justiz usw.) besetzen. Vom Fortbestehen sozialökonomischer Wurzeln für faschistische Entwicklungen zeugen heute insbesondere Aktivitäten neofaschistischer Organisationen (—» *Neofaschismus*).

Entspannungspolitik: Politik zur Verwirklichung der Prinzipien der —» *friedlichen Koexistenz* in den Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Der Begriff Entspannung findet umfassende Anwendung und Anerkennung seit dem Ende der 60er Jahre, dem Beginn der Periode der schrittweisen Überwindung des kalten Krieges und der Normalisierung der Beziehungen zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, insbesondere in Europa (—» *europäische Sicherheit*). Es ist eine zwischen der Entspannung als praktischer Politik einerseits und als konkreter Erscheinungs- und Durchsetzungsform im historischen Prozeß der Entfaltung der friedlichen Koexistenz andererseits zu unterscheiden. Das Ringen der sozialistischen Staaten um internationale Entspannung und ihre Wiederbelebung ist die konsequente Fortsetzung der seit Beginn der staatlichen Existenz des Sozialismus verfolgten Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber den kapitalistischen Staaten, die, beginnend mit dem Sieg der —» *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*, mehrere Entwicklungsstufen durchlief. Als Ausdrucksform eines Prozesses, der auf die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz zielt, ist die E. nicht identisch mit einer allseitigen Realisierung aller Prinzipien und Komponenten der friedlichen Koexistenz. Die E. ist eine

Entwicklungsstufe in diesem Prozeß, der in den 70er Jahren mit den zwei- und mehrseitigen Vereinbarungen (—* *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki 1975*), die insgesamt zur Einhaltung und Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit verpflichten, den bisher höchsten Grad seiner Verwirklichung erreicht hatte. Als eine den Bedingungen des Nuklearzeitalters entsprechende Politik, die durch einen Komplex sich wechselseitig bedingender Maßnahmen auf politischem, politisch-rechtlichem, ökonomischem, wissenschaftlich-technischem, kulturellem und humanitärem sowie militärischem Gebiet in den Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen ist, bot und bietet die E. die reale Möglichkeit, die nukleare Kriegsgefahr abzuwenden, den Weltfrieden zu erhalten und die —» *internationale Sicherheit* dauerhaft zu festigen. Zu ihren unabdingbaren Voraussetzungen gehört die Bereitschaft, Differenzen und Streitigkeiten nur auf dem Wege von Verhandlungen friedlich zu lösen. Sie zielt und zielt darauf, eine Atmosphäre gegenseitigen Verstehens und ein notwendiges Maß an Vertrauen und Berechenbarkeit im Verhältnis zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu schaffen. Das bedingt deshalb die Bereitschaft, die souveränen Rechte und legitimen Interessen aller Staaten strikt zu achten. Der E. muß das Prinzip der Gleichheit mehrhand der gleichen Sicherheit zugrunde liegen. Um der E. insgesamt einen dauerhaften Bestand zu verleihen, streben die sozialistischen Staaten an, die politische Entspannung durch konkrete Schritte der Rüstungsbegrenzung und der —» *Abrüstung* zu ergänzen. E. bedeutet Kampf und Zusam-